

**Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-
Grundverordnung für Gremien und Sitzungsdienst der
Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel**

Vorbemerkung

Die Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel verarbeitet personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Gremien und Sitzungsdienst. Mit den nachfolgenden Informationen werden die Betroffenen über den Verantwortlichen, die Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung, die Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten, die Dauer der Speicherung sowie die Betroffenen-, Widerrufs- und Beschwerderechte unterrichtet.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Vordereifel
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-0
E-Mail: verbandsgemeinde@vordereifel.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:
Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Vordereifel
Yannick Faßhauer
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-47
E-Mail: datenschutz@vordereifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Zusammenhang mit der Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen und Veranstaltungen (u.a. Zentrale Vorbereitung von Ratssitzungen, Ausschüssen, Sammlung der Niederschriften, Erstellung und Auswertung von Protokollen, Ehrung von Ratsmitgliedern, Sitzungsgeld) verarbeitet die Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel personenbezogene Daten nur soweit dies zur Wahrung von Öffentlichkeitspflichten erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 DS-GVO.

Es werden die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Kontaktdaten, insbesondere Vor- und Nachname, ggf. Titel, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
- Bankverbindung,
- Inhalte von Beschlüssen oder Protokolle mit personenbezogenen Daten.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Auf personenbezogene Daten haben nur die jeweiligen zuständigen Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel sowie die Rats- und Ausschussmitglieder, Bürgermeister und die Beigeordneten Zugriff.

Ihre personenbezogenen Daten werden in kein Drittland übermittelt.

5. Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung beträgt –soweit es das Sitzungsgeld betrifft- 10 Jahre, vgl. § 147 AO. Alle weiteren Daten 30 Jahre (KGSt).

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO je-

derzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Dieter Kugelmann

Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Tel. 06131/208-2449

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.